



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Integration,
Wohnen, Kinder, Familie -

Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 26. Juni 2024

Vorlagen-Nr. 24-F-63-0056

Situation bei den Jugendhilfemaßnahmen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 04.06.2024 -

Der Kindergesundheitsbericht 2023 der Stiftung Kindergesundheit¹ macht es deutlich: Kinder und Jugendliche sind durch die aktuelle Krisenlage stark belastet: nach der Corona Pandemie seien sie direkt mit neuen Krisen konfrontiert. Angst und Anpassungsstörungen hätten deutlich zugenommen, besonders bei Mädchen. Die Gesundheits- und Jugendhilfesysteme sind überlastet, zuletzt hätten sich die Wartezeiten auf einen Therapieplatz verdoppelt.

Präventive Maßnahmen können einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, um die Entstehung von psychischen und psychiatrischen Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen zu verhindern. Da setzen beispielsweise die Hilfen zur Erziehung der Bezirkssozialarbeit an.

Die Kosten für Jugendliche, die nicht richtig zuhause unterstützt werden, tragen wir an vielen anderen Stellen. So kann es zu Schulabbruch und fehlendem Schulabschluss kommen und damit einhergehend oft Erwerbslosigkeit, Wohnungslosigkeit, teilweise hohem Substanzkonsum und einer erhöhten Inanspruchnahme des Gesundheitssystems. Auch die Wahrscheinlichkeit für delinquentes Verhalten ist erhöht. Deshalb müssen wir die Jugend im Blick behalten und die Jugendhilfemaßnahme unterstützen, wo es möglich ist.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

- 1) Wie viele Familien betreut ein*e Mitarbeiter*in der Bezirkssozialarbeit und wie ist die Einschätzung zur aktuellen Bedarfslage? Wie viele unbesetzte Stellen gibt es und wie hoch ist die Fluktuation?
- 2) Wie ist es um teilstationäre Angebote für Kinder und Jugendliche mit sozialen und Verhaltensauffälligkeiten (§32 SGB VIII Tagesgruppen, Wochengruppen) bestellt?
- 3) Wie lange sind die durchschnittlichen Wartezeiten und gibt es unbesetzte Stellen (falls ja, bitte die Anzahl nennen) für
 - a) Eingliederungshilfen nach §35a SGB VIII,
 - b) eine sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH) (§31 Unterstützung der Eltern in der Erziehung),

¹ https://www.kindergesundheit.de/Die-Stiftung/Kindergesundheitsberichte/Kindergesundheitsbericht_2023.php

- c) eine*n Einzelfallhelfer*in (ISE) (direkte Begleitung der Jugendlichen),
 - d) die Aufnahme in Tages-/Wohngruppen nach §32 SGB VIII.
- 4) Wie steht es um das stationäre Betreuungsangebot für Jugendliche, die nicht zuhause leben können/wollen:
- a) Wie ist die aktuelle Bedarfslage stationärer Betreuungsangebote für Jugendliche, die psychisch erkrankt sind (§35a therapeutische Wohngruppen) und können diese gedeckt werden, wenn nein, warum nicht?
 - b) Wie ist die aktuelle Bedarfslage stationärer Betreuungsangebote für Jugendliche nach §34 SGB VIII und können diese gedeckt werden, wenn nein, warum nicht?
 - c) Kommt es vor, dass Jugendliche in Wohngruppen in anderen Städten untergebracht werden müssen, wenn ja, wie häufig ist das der Fall?
- 5) Wie viele Schulsozialarbeiter*innen hat Wiesbaden an den Schulen? Wie viele Kinder betreut ein*e Schulsozialarbeiter*in durchschnittlich? Gibt es unbesetzte Stellen und wenn ja, wie viele?
- 6) Wie viele Schulpsycholog*innen stehen Wiesbadener Schulen zur Beratung zur Verfügung?
-

Beschluss Nr. 0062

Der Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 04.06.2024 wird angenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, . . .2024

Sebastian Rutten
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .07.2024

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .07.2024

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister